

**Zu Punkt** **der Tagesordnung**

<b>Interfraktioneller Antrag</b>		<b>0226/2009</b> <b>öffentlich</b> <b>06.03.2009</b>
<b>Datum</b>	<b>Gremium</b>	<b>Antragsteller/in</b>
Ö 14.05.2009	Ratsversammlung	Ratsherr Falk Stadelmann, SPD-Ratsfraktion Ratsherr Lutz Oschmann, B90/Die Grünen Ratsfrau Antje Danker, SSW
<b><u>Betreff:</u></b> Rekommunalisierung der Restabfall- und Altpapiersammlung in Kiel		

**Antrag:**

1. Die Restabfall- und Altpapiersammlung in der Landeshauptstadt Kiel wird mit Wirkung zum 01.01.2012 vollständig durch den Abfallwirtschaftsbetrieb Kiel (ABK) wahrgenommen. Ab diesem Zeitpunkt übernimmt der Abfallwirtschaftsbetrieb Kiel im gesamten Gebiet der Landeshauptstadt Kiel die Sammlung und den Transport von Hausmüll, hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen (Restabfall) sowie von Papier, Pappe und Kartonagen (Papierabfälle) aus privaten Haushaltungen und anderen Herkunftsbereichen, soweit diese Abfälle überlassungspflichtig sind oder dem Abfallwirtschaftsbetrieb Kiel überlassen werden. Eine Ausschreibung der insoweit bisher von einem privaten Entsorgungsunternehmen in einem Teilgebiet der Landeshauptstadt Kiel erbrachten bzw. bis zum 31.12.2011 noch zu erbringenden Sammlungs- und Transportleistungen erfolgt nicht.
2. Der Abfallwirtschaftsbetrieb Kiel ist gehalten, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um etwaige Gebührensteigerungen aufgrund der Eigenerledigung ab dem 01.01.2012 zu vermeiden.
3. Der Abfallwirtschaftsbetrieb Kiel hat zu prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen ein Betriebsübergang gemäß § 613a des Bürgerlichen Gesetzbuches (BGB) vorliegt, wenn mit Sammlung und Transport unmittelbar befasste Mitarbeiter des jetzigen Vertragspartners, die bei diesem zur Erfüllung der vertraglichen Pflichten gegenüber der Landeshauptstadt Kiel (befristet) eingestellt sind und deren Beschäftigung für die vertragliche Leistungserbringung notwendig ist, vom Abfallwirtschaftsbetrieb Kiel eingestellt werden sollen.
4. Bei der Personaleinstellung für die Eigenerledigung der Restabfall- und Altpapiersammlung ab dem 01.01.2012 hat der Abfallwirtschaftsbetrieb Kiel die berechtigten Interessen der mit Sammlung und Transport unmittelbar befassten Mitarbeiter des jetzigen Vertragspartners und der Mitarbeiter des Abfallwirtschaftsbetriebes Kiel – insbesondere wenn auch sie zeitlich befristet beschäftigt sind – angemessen zu berücksichtigen.

5. Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, dem Wirtschaftsausschuss über die Prüfergebnisse und geeignete Maßnahmen zur Umsetzung der Rekommunalisierung zu berichten.

### **Begründung:**

Der Abfallwirtschaftsbetrieb Kiel (ABK) ist als moderner und wirtschaftlicher Entsorgungsbetrieb der Landeshauptstadt Kiel gut geeignet, in Zukunft die gesamte Restabfall- und Altpapiersammlung im Stadtgebiet zu übernehmen. Auf diese Weise kann eine wirksame Abfallsammlung zu jeder Zeit, eine möglichst günstige Gestaltung der Abfallgebühren zugunsten der Gebührenzahlerinnen und Gebührenzahler, eine gute Entlohnung der Beschäftigten und eine ökologisch verträgliche Entsorgung gewährleistet werden. Die vollständige Abfallsammlung durch den Abfallwirtschaftsbetrieb Kiel statt der bisher geteilten Sammlung durch städtischen Betrieb und ein beauftragtes privates Entsorgungsunternehmen ermöglicht Synergien und gesamtbetriebliche Kostenreduzierungen, die eine Gebührensteigerung verhindern kann. Zu diesem Zweck ist ein Optimierungskorridor für den Betriebsablauf des Abfallwirtschaftsbetriebes Kiel zu entwickeln, mittels dessen rekommunalisierungsbedingten Gebührensteigerungen – sofern es wider Erwarten zu solchen kommt – entgegengesteuert werden kann. Soweit Gebührensteigerungen auf konjunkturellen oder sonstigen Ursachen beruhen, liegen diese außerhalb des Wirkungseinflusses des Abfallwirtschaftsbetriebes.

Insbesondere im Interesse der Beschäftigten sind personalwirtschaftliche Aspekte (Betriebsübergang, Einstellung von Arbeitskräften etc.) zu prüfen.

Bis zum Herbst 2009 ist ein Bericht der Oberbürgermeisterin über die Prüfergebnisse und die Vorschläge der Fachverwaltung zur Umsetzung dieser Rekommunalisierung geboten.

Ratsherr Falk Stadelmann, SPD-Ratsfraktion  
Abfallpolitischer Sprecher

f. d. R.

Ratsherr Lutz Oschmann, B90/Die Grünen  
Abfallpolitischer Sprecher

f. d. R.

Ratsfrau Antje Danker, SSW